

Was geht uns die Finanzkrise an? [Fortsetzung]

Autor(en): **Scheidegger, Werner**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **66 (2011)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891313>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was geht uns die Finanzkrise an?

Im zweiten Teil des schriftlichen Interviews zur Finanzkrise erläutert Hans Bieri die Falschheit der Freihandelsideologie und den Grundwiderspruch zwischen der aktuellen kapitalistischen Wachstumsgesellschaft und einer anzustrebenden Bedarfsdeckungswirtschaft. Er geht auch der Frage nach, wie sich Bauern und Konsumentinnen im heutigen Kontext zukunftsweisend organisieren können.

Werner Scheidegger. Stichwort Freihandel: *Die Befürworter reden von grossen Chancen für den Export und von günstigeren Preisen für die Konsumenten. Die Gegner befürchten das Ende einer eigenen Landwirtschaft und der Lebensmittel verarbeitenden Industrie in der Schweiz. Letztere würde wohl ihre Arbeitsplätze in die Herkunftsländer der von ihr benötigten Rohstoffe verlegen. Dort sind auch die Löhne tiefer. Was bleibt uns unter dem Strich?*

Hans Bieri: Kurzfristig würden die Preise etwas günstiger wegen des Imports. Wenn jedoch die Schweizer Landwirtschaft beseitigt wäre, würden sich die Preise nach oben anpassen, weil der Handel immer die vorhandene hohe Kaufkraft – solange sie da ist – professionell abschöpft. Beim Bier haben wir ja gesehen, wie das läuft. Am Schluss ist das importierte Bier teurer als unser vorher einheimisch hergestelltes. Die 0,5% bzw. 2 Milliarden Franken, welche die Konsumenten bei Einführung des Agrarfreihandels dann für weiteren Konsum im Nichtnahrungsmittelbereich zur Verfügung hätten, würden grösstenteils vom Handel abgeschöpft. Rechnet man die verlorene Qualität und die verlorene Lebensmittelsicherheit mit ein, so ist es für die Konsumenten ein klares Verlustgeschäft. Die Nahrungsmittelindustrie kann sich unterschiedlichen Rohstoffpreisen besser anpassen, als sie immer behauptet. Aber sie braucht einen Markt, in dem sie wachsen kann. Die Herkunft «Schweiz» ist auch ihr Verkaufsargument, obwohl die Rohstoffbeschaffung immer mehr auf einem anderen Blatt geschrieben steht.

Wir Konsumenten leben von gesunden Lebensmitteln, die uns aus unserem Lebensraum sicher zur Verfügung stehen. Deshalb ist unser «Geschäftsinteresse» ein anderes als dasjenige der verarbeitenden Industrie, welche mit Markenprodukten wachsen muss. Durch die Strommarktliberalisierung und die daraus folgenden Energiepreisaufschläge wird auch deutlich, dass «Öffnung» nicht immer «billi-

ger» bedeutet. Es geht bei der Abwägung, ob die Ernährung nicht mehr geschützt werden sollte, immer um Stabilitätspolitik – und nicht um «Abschottung», wie gewisse Meinungsmacher aus dem finanzwirtschaftlichen Bereich unermüdlich behaupten. Stabilitätspolitik ist ein wichtiger Teil der Industriepolitik. Unsere Politiker unterschätzen diese Probleme. Beim Verkauf des Nationalbankgoldes haben sie bereits leichtfertig grossen Schaden angerichtet. Es wäre an der Zeit, Politik und vor allem Stabilitätspolitik gewissenhafter zu betreiben.

Es scheint immer unwahrscheinlicher, dass die Landwirtschaft von der WTO ausgeklammert wird. Das würde Freihandel nicht nur mit der EU, sondern mit der ganzen Welt bedeuten. Zwar beklagen die Hilfswerke, dass diese Strategie das Gegenteil dessen bewirkt, was als Rechtfertigung propagiert wird, nämlich dass die armen Länder im Süden immer noch ärmer werden. Warum nimmt das niemand ernst?

Weil sich am Kolonialismus im Grunde nichts geändert hat! Zur Art und Weise, wie derzeit die Medien über Ägypten berichten, setze ich einige Fragezeichen. Erstens beruhen die Revolten auf der Vervielfachung des Brotpreises in den letzten Monaten. Und diese Volatilität der Rohstoffpreise hängt mit der US-amerikanischen Geldpolitik zusammen, welche den US-Dollar künstlich verbilligt und somit die Rohstoffteuerungen auslöst.

Als man vor 50 Jahren im Maghreb versucht hat, sich vom Kolonialismus zu befreien, wurden zum Beispiel in Algerien die «villages agricoles» zu verwirklichen versucht. Durch eine grundlegende Reform des ländlichen Raumes wurde beabsichtigt, die Basis für die zukünftige wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit zu legen. Dies hätte nicht nur die Ernährung in diesen Ländern viel sicherer gemacht, es hätte auch eine Binnenentwicklung im Bereich Gewerbe und Industrie ermöglicht, welche einerseits die Bevölkerungs-

entwicklung verlangsamt und andererseits die heutige Arbeitslosigkeit vermieden hätte. Nun, was ist seit Nasser geschehen? Wie hat man das damals Erdöl exportierende Land Ägypten an strategisch günstiger Lage zu einem abhängigen Vasall gemacht? Mit Kriegen, Rüstungsgeschäften und Nahrungsmittelhilfen wurde in diesen Kolonien nach der formellen Befreiung eine Situation geschaffen, in der die Erdölausbeutung nicht zum volkswirtschaftlichen Aufbau genutzt wurde, sondern zur Bezahlung von Rüstungsgeschäften und zur Schaffung innerer partieller Luxusmärkte. Gleichzeitig wurde die vom Land in die Grossstädte abgewanderte Bevölkerung immer mehr von Nahrungsmittelhilfe abhängig und ihrer Entwicklungsmöglichkeit beraubt. Anstatt das Land zu entwickeln, wurde eine für die USA einträgliche Situation geschaffen. Sicher sind die Völker in den ehemaligen Kolonien von ihren Politikern schwer enttäuscht – aber nicht nur von ihnen. Seit der Hungerkrise und der einsetzenden Spekulation auf den Agrarrohstoffmärkten als Folge der Deregulierung hat die «Dritte Welt» definitiv gemerkt, dass allen voran die USA es nicht ehrlich meinen mit einer globalen Handels- und Währungsordnung auf der Basis des gegenseitigen Vorteils, der internationalen Solidarität und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Ähnlich ging früher das britische Empire mit Indien um, wie uns Vandana Shiva vor ein paar Jahren am Bio-Gipfel in Erinnerung rief. Argentinien ist ein weiteres Beispiel: Durch die Schuldenkrise in den 1990er Jahren verhungerten dort Menschen, und dies in einem Agrarland! Und bei der kürzlichen Finanzkrise haben die westlichen Staaten zur Rettung der Banken Unmengen an öffentlichen Geldern gesprochen. Die Finanzkrise hat vieles verändert, aber die Lehren aus diesem enormen Krisenvorgang in Politik und Wirtschaft werden nicht gezogen.

Weil ein Markt auf der Basis des gegenseitigen Vorteils unter den heutigen Machtverhältnissen unerreichbar bleibt, wird diese Finanz-

krise in vielen Staaten zu einer neuen Sicherheitspolitik führen. Die Länder der «Dritten Welt» lassen sich nicht länger auf den angeblichen komparativen Kostenvorteil landwirtschaftlicher Lieferungen festlegen, der ihnen nichts einträgt. Sie erringen zunehmend komparative Kostenvorteile im Industrie- und Dienstleistungssektor. Bevölkerungswachstum, wachsender Konsum und Ressourcenknappheit ziehen bereits globalen Landerwerb durch diese Länder nach sich – zur Ernährung ihrer wachsenden Bevölkerung.

Und warum ändert sich am Kolonialismus nichts? Wegen des Wachstumszwangs, der in unserem Wirtschaftssystem institutionell angelegt ist und seit dem Imperialismus zur Expansion drängt. Wer einen Entwicklungsvorsprung aus dieser Zeit hat, ist nicht bereit, diesen aufzugeben, bis zu seinem Untergang.

Die Befürworter des Freihandels versprechen den Konsumenten tiefere Preise und beklagen die «Hochpreisinsel» Schweiz. Nur: Reichen tiefere Preise auf Lebensmitteln, um dieses «Inseldasein» zu beenden? Müssten dann logischerweise nicht auch gewisse Dienstleistungen und Investitionsgüter günstiger zu haben sein (z. B. Medikamente, Zahnarztbehandlungen, Maschinen usw.) und/oder die Löhne sinken?

Wirtschaftliche Leistung, Löhne und Preise hängen zusammen. Deshalb sind hohe Löhne kein Gebrechen, sondern eben der Lohn für hohe Leistungserträge der Wirtschaft. Hohe Löhne berechtigen dazu, mehr zu konsumieren, weil die Volkswirtschaft höhere Leistungen erbringt. Hohe Löhne sind für Volkswirtschaften mit hohen Leistungserträgen ein Muss. Vom Nichtstun und dem Schliessen der Grenzen resultieren keine hohen Löhne. Das sollte jedem einleuchten. Aber die Behauptung, die im Vergleich zum EU-Durchschnitt höheren Preise in der Schweiz seien eine Folge der Schweizer Grenze, ist Geschwätz. Man sieht es in Deutschland. Dort hat man die Löhne gedrückt mit dem Ergebnis, dass Deutschland noch konkurrenzfähiger wurde, der Exportüberschuss noch grösser wurde. Nun muss Deutschland dabei helfen, die Defizite der wirtschaftlich schwächeren Länder auszugleichen bzw. zu bezahlen. Macht das etwa Sinn? Dazu kommt, dass dieser Finanzausgleich in Währungsgrossräumen die Staaten zur Preisgabe ihrer politischen Souveränität zwingt. Für die BürgerInnen bzw. für alle, denen es in der Wirtschaft um die Deckung der Bedürfnisse in einem fortschreitenden Kultur-



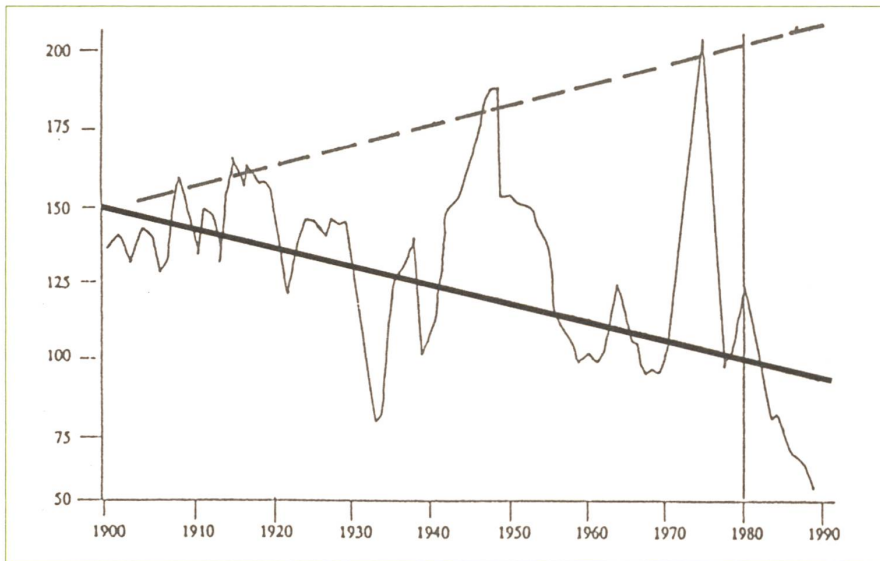
prozess geht, ist es ein Rückschritt. Für die Hochfinanz ist es ein weiterer Schritt in der Durchsetzung ihres Interesses, die Bedingungen der Kapitalverwertung zu verbessern. Zudem: Die im Vergleich zum EU-Durchschnitt höheren Preise in London, New York, Frankfurt, Paris, Lyon, Mailand usw. sind nicht auf Landesgrenzen zurückzuführen.

Man bedenke auch Folgendes: Als Folge der griechischen Schuldenkrise wird gefordert, Deutschland müsse die Löhne erhöhen, um den Handelsbilanzüberschuss zu dämpfen. Auch in der Schweiz haben wir einen Handelsbilanzüberschuss. Also müssten wir ja die Löhne eher erhöhen, denn wenn wir die Löhne und die inländischen Preise senken, wird der Handels-

bilanzüberschuss, den wir in Zukunft zunehmend werden abliefern müssen, noch grösser.

Die Landwirtschaft hat sich bisher ziemlich geschlossen gegen einen Beitritt zur EU ausgesprochen. Wenn wir deutsche oder österreichische Bauern nach ihrem Befinden fragen, sagen sie in der Regel: «Seid froh, dass ihr nicht drin seid». In letzter Zeit hört man wieder vermehrt Stimmen, die unserem Alleingang die Zukunftsfähigkeit absprechen. Was spricht aus Sicht der Landwirtschaft dafür und was dagegen?

Für einen Beitritt zur EU spricht aus landwirtschaftlicher Sicht gar nichts. Das höhere Kostenumfeld für die Schweiz würde bestehen



Einer sinkenden Tendenz der Weltmarktpreise für Agrargüter im 20. Jahrhundert stehen steigende Preisausschläge gegenüber. Diese Situation ist instabil und zeigt, in welchem Ausmass die Preise nach oben kippen könnten.
Quelle: K. Anderson, 1987

bleiben. Übrigens gibt es auch in der EU sehr grosse Unterschiede: Die Löhne, die Mietzinsen, die Bodenpreise und der Preis eines Hamburgers sind in Rumänien ein Bruchteil der in Westeuropa bezahlten Preise.

Neu ist, dass die schweizerische Nahrungsmittelindustrie in die EU will. Diese fühlt sich inzwischen stark genug. Die Nahrungsmittelindustrie muss wachsen können. Deshalb ist sie an offenen Grenzen und am Agrarfreihandel interessiert. Letztlich geht es aber um das Ernährungskonzept und um die Frage der nachhaltigen Ernährung. Für den Konsumenten bedeutet die Fähigkeit, sich aus der eigenen Umgebung ernähren zu können, Sicherheit und Lebensqualität. Im Grunde genommen stehen sich hier «Wachstumswirtschaft» und «nachhaltige Bedarfsdeckungswirtschaft» gegenüber.

Welche Möglichkeiten bleiben der einzelnen Bauernfamilie, sich trotz offeneren Grenzen zu behaupten?

Die Bauern haben das Land, die Gebäude und das Wissen. Das sollten sie unbedingt bewahren. Durch vorläufigen Zuerwerb sollten sie gewisse Engpässe überbrücken, wenn es nicht anders geht. Es gibt keine sicherere Wartestellung als die der Bauern! Das zeigt sich etwa an der Entwicklung des Weltmarktgetreidepreises von 1900 bis 1990 (vgl. Grafik). Seit 2007 weist der Getreidepreis wieder Schwankungen auf, die aber noch im Tiefpreisbereich liegen. Die Frage ist, ob der Getreidepreis grundsätzlich und bleibend wieder ansteigt. Wenn man diese Darstellung über die Jahrzehnte betrachtet, kann

man eine Preissteigerung feststellen, die bereits vor Jahrzehnten eingesetzt hat.

Aber die Bauern sollten sich nicht allein auf die Rohstoffpreise verlassen. Wir haben an der Expoagricole 2002 gezeigt, dass eine intensivere Kooperation der Bauern mit den Konsumenten die Basis für eine zukünftige breite Versorgung der Bevölkerung aus einheimischer Produktion bilden wird. Die Preise müssen dann so hoch sein, dass die Bauern ihre Kosten decken können. Dabei werden die Gesundheit der Ernährung und die Reduktion der zurzeit enormen Krankheitskosten auch Themen sein. Die industrielle Nahrungsmittelproduktion kann die für unseren Körper vitale gute Lebensmittelqualität unter Einhaltung der Nachhaltigkeit in der Produktion der Lebensmittel nicht bieten.

Ein ausgebauter Regelkreis zwischen den Bauern als Lebensmittelproduzenten und den Konsumenten, die erkennen, dass sie mit ihrem Kaufentscheid ihre zukünftige Versorgung beeinflussen, führt zum mündigen Konsumenten. Eine starke Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Bauern und Konsumenten kann auch offene Grenzen überstehen. Wenn aber eine solche Kooperation noch zu schwach ist, braucht es weiterhin den Grenzschutz.

Es gibt Stimmen, die voraussagen, dass der grosse Crash erst noch kommt, dass dabei Ersparnisse und Renten verloren gehen könnten, und wir wieder ganz von vorne anfangen müssen, was immer das auch heisst.

Was ist davon zu halten, und welche Möglichkeiten der Vorsorge haben wir?

Ja, ich sehe das auch so. Die Mächtigen liebäugeln zwar mit einer «kontrollierten» Inflation. Sie wollen ihre Gewinnansprüche bzw. das Finanzblasenwachstum nicht beschränken, und damit enteignen sie weiter die Rentner und Sparer. Das ist aber ein Spiel mit dem Feuer. Wird es eine Inflation geben, werden die Kapitalvermögen der kleinen Leute und die Schulden der Grossen vernichtet. Wird es eine Deflation geben, kommt es zu einer gewaltigen Eigentumskonzentration, was wiederum im Interesse der Mächtigen dieser Erde liegt. Hans Christoph Binswanger plädiert deshalb für eine Mässigung der Gewinnansprüche bzw. für die Umwandlung der Aktiengesellschaften in Stiftungen. Zudem fordert er die Beschränkung des Geldes auf sogenanntes Realgeld. Es soll also nur soviel Geld im Umlauf sein, wie es dem realen Wert von Gütern und Dienstleistungen auch entspricht. Dies würde die private Vermögens- und Schuldenentwicklung mässigen. Dann müsste aber noch die Frage geklärt werden, wie wir innerhalb einer endlichen Umwelt mit immer weniger nichterneuerbaren Ressourcen ein stabiles Auskommen erwirtschaften können, bzw. wie wir mit immer weniger Arbeit, Rohstoffen und Energie die benötigten Konsumgüter herstellen können. Ein solches Szenario erscheint heute nur deshalb nicht realistisch, weil dabei die Kapitalvermögen nicht mehr im bisherigen Ausmass wachsen könnten. Hier liegt das Hauptproblem: Eine nachhaltige Wirtschaft, welche die Natur schont und die Bedürfnisse deckt, ist möglich – aber sie kann die masslose Äufnung der Geldkapitalvermögen nicht mehr bedienen. Die Politik muss daher lernen, sich gegen die Banken durchzusetzen.

Wirtschaften sollte nicht die Vermehrung von privatem Geldkapital zum Ziel haben, sondern in erster Linie eine möglichst gute Versorgung aller Menschen. Mit unserem Wissen und unserem Verstand sollte der Naturverbrauch reduziert und sollten die gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten maximiert werden. Wir brauchen mehr gemeinschaftliche Einrichtungen, um unser Leben und unsere Wirtschaft weitgehendst selber bestimmen zu können. Bauern und Konsumenten können zusammen die Ernährung selbst gestalten und sichern. Das wäre ein erster praktischer Schritt hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft, die in zahlreichen Initiativen auf örtlicher Ebene ja schon begonnen hat.